

Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen* und junge Frauen* zur Landtagswahl 2026

Als Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Mädchen* und junge Frauen* Sachsen-Anhalt nach §78 SGB VIII vertreten wir die Interessen von Mädchen* und jungen Frauen* in ihrer Vielfalt.¹ Unser Ziel ist es, durch die gesammelte Expertise der Teilnehmenden dieses Netzwerkes, die Teilhabe von jungen Frauen* und Mädchen* an politischen Entscheidungsprozessen auf Landesebene sicher zu stellen.

Ein zentrales Problem, dem wir begegnen möchten, ist die anhaltende Abwanderung von Frauen* aus Sachsen-Anhalt. Studien zeigen, dass Frauen* im Vergleich zu Männern* überdurchschnittlich häufig das Bundesland verlassen² – insbesondere junge, gut ausgebildete Frauen*. Ursachen sind unter anderem mangelnde berufliche Perspektiven, unzureichende Betreuungsangebote, fehlende Sicherheit im öffentlichen Raum sowie das Fehlen geschlechtersensibler Angebote in Bildung, Arbeit, Gesundheit und Freizeit. Dies führt langfristig zu einem unausgeglichener Geschlechterverhältnis – insbesondere im ländlichen Raum - und hat direkte Auswirkungen auf die Gleichstellung, die Lebensqualität und die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt.

Wir fordern, dieser Entwicklung gezielt entgegenzuwirken – durch politische Maßnahmen, die die Lebensrealitäten von Mädchen* und jungen Frauen* verbessern.

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Mädchen* und junge Frauen* Sachsen-Anhalt ist eine Arbeitsgemeinschaft gemäß § 78 Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG). Als Fachgremium vertritt sie landesweit die Interessen von Mädchen* und jungen Frauen*. Die LAG setzt sich für die strukturelle Verankerung der Mädchen*arbeit und eine geschlechtsbezogene Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe ein. Sie wurde am 14. Oktober 1996 gegründet.

¹ Für den Text wurde die queere Schreibweise des Asterisk * genutzt. Diese hat die Intention, die Vielfalt der Geschlechter zu benennen, hier vor allem mit Blick auf die Vielfalt in der Mädchen*arbeit. Die Gesetzgebung beschreibt weiterhin im SGB VIII §9 Abs. 3 den gesetzlichen Anspruch, „die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen, Jungen sowie transidenten, nichtbinären und intergeschlechtlichen jungen Menschen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern.“ Das bedeutet für uns, dass in der Planung und Umsetzung von qualifizierter Mädchen*arbeit intersektional gedacht werden muss.

² Vgl. „Köhnert, Steffen / Klingholz, Reiner, 2007, Not am Mann: Vom Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer, Berlin-Institut, Berlin“ und vgl. Kühntopf, Stephan / Stedtfeld, Susanne, 2012, Wenige junge Frauen im ländlichen Raum: Ursachen und Folgen der selektiven Abwanderung in Ostdeutschland, BiB Working Paper 3/2012, Wiesbaden

Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen* und junge Frauen* zur Landtagswahl 2026 Inklusive der Antworten der angeschriebenen Fraktionen

1. Sichere Räume für Mädchen* und junge Frauen*:

Mädchen* und junge Frauen* benötigen geschützte Räume, um sich sicher entfalten und entwickeln zu können. Die Zunahme von Sexismus, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus, Gewalt gegen junge Frauen* und Mädchen*, Femiziden und struktureller Ungleichheit zeigt den akuten Handlungsbedarf.

Frage:

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Schaffung und Finanzierung sicherer Räume für Mädchen* und junge Frauen* in Sachsen-Anhalt, auch außerhalb institutioneller Schutzsysteme?

Fraktion Sachsen-Anhalt	Antwort
CDU	Im Rahmen der begrenzten Haushaltsmittel wollen wir in Abstimmung mit den relevanten Akteuren sichere Räume unterstützen. Hierzu werden wir gemeinsam mit den beteiligten Partnern, einschließlich der Kommunen, ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Die bisherigen Anstrengungen des Landes werden wir fortführen.
SPD	<p>Als SPD sind wir der Auffassung, dass Mädchen und junge Frauen sich in ganz Sachsen-Anhalt frei, sicher und selbstbestimmt bewegen und entwickeln können. Die Zunahme von Sexismus, digitaler Gewalt, Queerfeindlichkeit und antifeministischen Tendenzen zeigt deutlich, dass Schutz, Prävention und Teilhabe stärker zusammengedacht werden müssen.</p> <p>Für die SPD Sachsen-Anhalt ist Gleichstellung deshalb kein gesellschaftliches Randthema, sondern wichtige Voraussetzung für Demokratie, Freiheit und sozialen Zusammenhalt. Wir wollen sichere Räume für Mädchen und junge Frauen sowohl innerhalb bestehender Hilfesysteme als auch im Alltag stärken. Dazu gehören verlässliche Angebote der Kinder- und Jugendarbeit ebenso wie Schutz- und Beratungsstrukturen bei Gewalt, Diskriminierung oder psychischer Belastung.</p> <p>Konkret setzen wir deshalb auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Stärkung und verlässliche Finanzierung von Jugendverbänden, Jugendzentren und niedrigschwelligen Beratungsangeboten, • die Weiterentwicklung eines verbindlichen Jugendförderplans mit Mindeststandards für Angebote des Landes, • den Ausbau geschlechterreflektierter und vielfaltsbewusster Kinder- und Jugendarbeit, • die Unterstützung kommunaler Jugendbudgets und Jugendgremien, • die Verstetigung und den Ausbau des Queeren Jugendbudgets, • den weiteren Ausbau von Beratungsangeboten für queere Jugendliche,

	<ul style="list-style-type: none"> • eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und den Ausbau des Gewaltschutzsystems in Sachsen-Anhalt, • mehr Prävention gegen sexualisierte Gewalt, digitale Gewalt und Antifeminismus. <p>Darüber hinaus wollen wir demokratische Räume stärken, in denen Mädchen und junge Frauen Selbstwirksamkeit erfahren, sich vernetzen und gesellschaftlich mitgestalten können. Schutz bedeutet für uns nicht Rückzug, sondern sichere Teilhabe.</p>
Die Linke	<p>Gewalt hat viele Gesichter und hat keine räumliche Begrenzung. Verletzung des Rechts auf Selbstbestimmung, körperliche und seelische Schikane, Demütigung und Diskriminierung. Migrant*innen und in die Illegalität gezwungene Frauen, Menschen mit Behinderung sowie Pflegebedarf, LSBTIQ*-Personen und wohnungslose Frauen sind noch häufiger von Gewalt betroffen und haben deswegen einen besonderen Schutzbedarf. Geschlechtsspezifische Gewalt muss umfassend als Asylgrund anerkannt und der Schutz von Betroffenen muss ausgebaut werden - das in allen Bereichen. Betroffene von Frauenhandel müssen Bleiberecht erhalten. Sexuelle Verstümmelung und Zwangsheirat wollen wir wirksam bekämpfen.</p> <p>Mehr Schutzräume sind uns wichtig und das heißt für uns auch eine flächendeckende Ausfinanzierung, auch über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus, von Beratungsstellen. Konkret wollen wir die Frauenberatungsstellen im Land stärken und zudem den Eigenanteil für Frauen und ihre Kinder, die Hilfe in einem Frauenschutzhaus suchen, abschaffen. Bessere Schulungen für Polizei und Justiz sowie Täterarbeit wollen wir als weiteren Baustein und Mittel der langfristigen Prävention etablieren. Juristisch setzen wir uns für eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt ein, um so auch eine effektive Strafverfolgung sicherzustellen. Wir wollen die Kooperation mit Opferschutzorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen verstetigen, um so Betroffene frühzeitig zu schützen. Aber auch Öffentlichkeitsarbeit und Präventionsprogramme, die über Femizide, Warnsignale von geschlechtsspezifischer Gewalt und vorhandene Hilfsangebote informieren sind uns wichtig. Angesichts der zunehmenden Tötung von Frauen, weil sie Frauen sind, werden den bereits eingeschlagenen Weg weiterverfolgen und länderübergreifend ein Bundesratsinitiative für Femizide als neues Mordmerkmal im § 211 StGB initiieren, um geschlechtsspezifische Gewalt juristisch stärker zu verankern, sodass diese als schwere Straftaten konsequent verfolgt und besonders gefährdete Gruppen geschützt werden.</p> <p>Langfristig braucht es echte Prävention, um Mädchen, Frauen und queere Personen zu schützen– und zwar unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder finanziellen Mitteln. Alle politischen Entscheidungen und Vorschläge müssen systematisch danach beurteilt werden, welche Auswirkungen sie auf Mädchen, Frauen und LSBTIQ* haben. Hierzu braucht es langfristig Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit, um über alle Ebenen und im Querschnitt ein Umdenken zu organisieren. Hierfür ist insbesondere eine gesetzliche und auskömmliche Finanzierung für die Umsetzung des Gewaltschutzes vor Ort und</p>



	<p>in den Kommunen notwendig. Dies tangiert ebenfalls die Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe und der offenen Jugendarbeit, um unabhängige Angebote für von Gewalt (mit)betreffene Kinder und Jugendliche zu schaffen.</p> <p>Entsprechend stehen wir als Partei im engen Austausch und arbeiten mit allen Einrichtungen und auch zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammen, welche sich für Geschlechtergerechtigkeit und gegen Gewalt einsetzen. Die Unterstützung und Mitwirkung unserer Genoss*innen bei den verschiedenen CSDs im Land, sind ein Beispiel hierfür.</p> <p>Regelmäßig bringt unsere Fraktion Die Linke im Landtag von Sachsen-Anhalt diese Themen ins Parlament ein. Schon in dieser Legislatur hat sie sich u. a. für eine personelle und strukturelle Stärkung und Verstetigung der Frauenzentren, Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser im Land, ein Gewalthilfegesetz Sachsen-Anhalt oder auch für den barriere- und kostenfreien Zugang zu Schutz- und Unterstützungsangeboten für schutzsuchende Frauen und Kinder eingesetzt.</p> <p>Zudem wird unsere Partei seit Anfang 2025 immer größer, vielfältiger und bunter und unsere Haltung spiegelt sich in unserer Mitgliedschaft wider. Mit dieser Diversität an Lebensgeschichten, Erfahrungen und Perspektiven bieten wir als Partei selbst verschiedenste Räume, um mitzubestimmen und sich für ein besseres Morgen einzusetzen. Aus diesem Grund sind wir als Partei selbst an der Schaffung von sicheren Räumen beteiligt und bieten im Rahmen unseres feministischen Grundkonsens Awarenessschulungen an und reflektieren regelmäßig unsere Prozesse und unsere Parteiarbeit. Entsprechend haben wir selbst Strukturen und Leitfäden erarbeitet, um exklusiven, gewaltsamen oder diskriminierenden Erlebnissen innerhalb unserer heterogenen Mitgliedschaft transformativ und unter den Kerngedanken einer kollektiven Verantwortungsübernahme aufzuarbeiten und zu überwinden. Mit diesen Erkenntnissen versuchen wir aus unserer Partei heraus auf die schon vorhandenen gesellschaftlichen Veränderungen für mehr Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hinzuwirken.</p>
Bündnis 90 die Grünen	<ul style="list-style-type: none">• Mit uns wird es flächendeckend bessere Schutzinfrastruktur geben (Frauenhäuser & Schutzwohnungen). Wir Grünen setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhäusern und Schutzwohnungen ein – und dafür, dass die Finanzierung weiterentwickelt wird, sodass kein Eigenanteil der Schutzsuchenden mehr anfällt.• Bessere Finanzierung & Barrierefreiheit von Schutzorten – konkret und investiv. Wir wollen ein Förderprogramm für Barrierefreiheit in Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen auflegen, damit Schutz nicht an Behinderung, Sprache oder Zugänglichkeit scheitert.• Gewaltschutzkonzepte überall – verbindlich statt freiwillig. Wir Grünen wollen, dass Gewaltschutzkonzepte in allen öffentlichen Einrichtungen Standard werden – als klare Leitlinie für Prävention, Intervention und Schutz.• Neue und ausgebauten Beratungsangebote (inkl. sexuelle/geschlechtliche Vielfalt). Wir wollen Fachzentren für geschlechtliche Vielfalt stärken/aufbauen und gezielt



	<p>Beratungsangebote für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ausbauen – ausdrücklich auch zur Prävention und zum Schutz vor queerfeindlicher Gewalt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewaltschutz auch für Mädchen und junge Frauen mit Behinderung – mit Landeskoordination. Wir setzen uns für eine Landeskoordinierungsstelle Gewaltschutz ein, ausdrücklich auch mit Fokus auf Frauen* und Mädchen* mit Behinderungen. • Sichere Räume im Alltag: Begegnungsorte und niedrigschwellige Angebote stärken. Damit Schutz nicht nur „im Notfall“ greift, wollen wir Orte der Begegnung und Teilhabe stabil finanzieren – z. B. soziokulturelle Zentren als sichere Anlaufstellen vor Ort. • Wir setzen uns für eine zügige und vollumfängliche Umsetzung des Gewalthilfegesetzes und der Istanbul Konvention in Sachsen-Anhalt ein
FDP	Sichere Räume für Mädchen und junge Frauen sind besonders vor dem Hintergrund steigender Gewaltdelikte von großer Bedeutung. Sie schaffen Schutz und ermöglichen Selbstbestimmung. Aus liberaler Sicht ist dabei wichtig, nicht nur Symptome zu bekämpfen, sondern auch die Ursachen von Gewalt in den Blick zu nehmen. Gewalt muss konsequent reduziert werden, damit Freiheit und Eigenverantwortung tatsächlich gelebt werden können.
BSW	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA
AfD	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA

2. Arbeitsmarkt/Ausbildung/Studium:

Mädchen* und junge Frauen* stoßen in Bezug auf Bildung und Beruf auf strukturelle Barrieren. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die Aufwertung von Care-Berufen, Schutz vor Diskriminierung und flexible Ausbildungsformen sind notwendig, um Chancengleichheit zu sichern.

Frage:

Wie will Ihre Partei die Arbeits- und Ausbildungssituation von Mädchen* und jungen Frauen* verbessern, insbesondere im Hinblick auf Vereinbarkeit, Allein-Erziehende, Care-Arbeit, migrantische Biografien und Führungspositionen?

Fraktion Sachsen-Anhalt	Antwort
CDU	Dies ist keine Aufgabe, die allein beim Land liegt. Arbeitgeberverbände, Kammern sowie Gewerkschaften sind hier ebenfalls gefordert. Durch positive Beispiele innerhalb der Landesregierung und der Landesverwaltung wollen wir aufzeigen, dass Mädchen und junge Frauen auch hier vielfältige Karrierechancen haben. Bei der Vermittlung beruflicher Perspektiven wollen wir Wissen über die sogenannten „typischen“ weiblichen Berufe hinaus vermitteln. Zudem wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, etwa durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote, weiter stärken.
SPD	Mädchen und junge Frauen verdienen faire Chancen auf gute Arbeit, sichere Ausbildung und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Noch immer führen traditionelle Rollenbilder, ungleiche Verteilung von Sorgearbeit und strukturelle

	<p>Benachteiligungen dazu, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten, schlechter bezahlt werden oder seltener Führungsverantwortung übernehmen. Diese Ungleichheiten wollen wir gezielt abbauen. Die SPD Sachsen-Anhalt verfolgt eine Arbeitsmarktpolitik, die soziale Sicherheit, Gleichstellung und wirtschaftliche Teilhabe zusammenführt.</p> <p>Deshalb setzen wir uns ein für:</p> <ul style="list-style-type: none"> • tarifgebundene, existenzsichernde Beschäftigung und starke Mitbestimmung, • familienfreundliche Arbeitszeitmodelle im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft, • bessere Rahmenbedingungen für Alleinerziehende, • den Ausbau individueller Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, • geschlechtersensible Berufsorientierung zur stärkeren Gewinnung von Mädchen und jungen Frauen für MINT-Berufe und das Handwerk, • die Aufwertung sozialer, pflegerischer und erzieherischer Berufe, • faire Praktika und die Ausweitung der Praktikumsprämie insbesondere auf Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufe, schulgeldfreie Ausbildung in den Gesundheitsberufen, • vergütete Pflichtpraktika dort, wo das Land zuständig ist, • die Stärkung von Weiterbildung und Bildungszeit, • beschleunigte und unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse, • eine integrationsorientierte Fachkräftepolitik ohne unnötige Arbeitsverbote. <p>Zudem wollen wir die Beteiligung von Frauen in Führungspositionen stärken und Gleichstellung verbindlich als Maßstab politischen Handelns etablieren. Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für Selbstbestimmung und Schutz vor Armut.</p>
<p>Die Linke</p>	<p>Wir, Die Linke Sachsen-Anhalt, sehen das bestehende Lohngefälle zwischen den Geschlechtern. Aus diesem Grund setzen wir uns für gleiche Bezahlung für alle - unabhängig von geschlechtlicher Identität und Herkunft – ein. Jährlich zum Equal Pay Day blicken wir auf den Tag, bis zu welchem Frauen und TINA*-Personen theoretisch unbezahlt arbeiten, während Männer bereits ab dem 1. Januar eines Jahres voll entlohnt werden. Es zeigt sich: Die Lohnlücke ist eine Gerechtigkeitslücke. Damit wird weibliche Arbeit monetär abgewertet und das über alle Branchen hinweg. Dies passiert insbesondere in Pflege-, Sorge- und Dienstleistungsberufen, in denen die soziale Infrastruktur gesichert wird und besonders viele Frauen arbeiten. Hier kämpfen wir an der Seite der Kolleg*innen nicht nur für gerechte Löhne, sondern für eine Aufwertung von weiblicher Arbeit. Auch wenn eine Annäherung in den letzten Jahren eingeleitet wurde, erfolgt diese im Schneckentempo.</p> <p>Wir müssen gemeinsam den Turbo zünden, damit Frauen endlich den Lohn erhalten, den sie verdienen. Dies beginnt für uns schon in der Ausbildung. Aus</p>

diesem Grund setzen wir uns in Sachsen-Anhalt noch immer für die Schulgeldfreiheit in den therapeutischen Gesundheitsfachberufen Physiotherapie, Logopädie sowie Ergotherapie ein. Generell sehen wir, dass eine Vielzahl an schulischen Ausbildungen im Sozial-, Erziehungs-, Pflege- oder auch im Gesundheitsbereich mit einer Fülle an unbezahlten Praktika und Praxisanteilen einhergehen. Die Schaffung von guten Ausbildungsbedingungen sowie von Rahmenbedingungen zur Zahlung von Ausbildungsvergütungen durch Gespräche mit den Tarifparteien sind mehr als überfällig.

Im Bereich Studium und Wissenschaft brauchen Frauen und queere Menschen verlässliche Karrierewege bis zur Professur. Generell darf die Entscheidung eines Studiums nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Daher braucht es u. a. kostenfreie Lern- und Lehrmittel ohne große bürokratisch Hürden, eine niedrigschwellige BAföG-Beantragung, kürzere BAföG-Bearbeitungszeiten, günstige Mensapreise sowie eine günstige Wohn- und Mietsituation als Fundament. Die Verteuerung des Semestertickets im Land lehnen wir ab, stattdessen kämpfen wir perspektivisch für ein 0-Euro-Ticket. Für die Vereinbarkeit von Care-Arbeit und wissenschaftlicher Ausbildung kämpfen wir für Teilzeit und verlängerte Regelstudienzeiten sowie eine Masterplatzgarantie für Bachelor-Absolvent*innen im Land, um insbesondere junge Mütter und pflegende Angehörige zu stärken. Für internationale Student*innen stärken wir Willkommenskette – vom Studienkolleg und Sprache über Anerkennung und Aufenthalt bis zum ersten Job in Sachsen-Anhalt – und bauen Landesstrukturen für Verbleib und Studienbewerbung aus. Wir kämpfen u. a. für gute Arbeit in der Wissenschaft (Daueraufgaben zu Dauerstellen, faire Standards und TVStud für studentisch Beschäftigte, stabile Projektstellen mit Überbrückung und Qualifizierung) und bauen hochschulische Laufbahnen für junge Wissenschaftler*innen aus: mit Mentoring, anrechenbaren Betreuungszeiten, verbindlichen Quoten, Willkommenspaketen und mehr Tandem-Professuren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW). Qualifizierungsphasen dürfen kein Hürdenlauf sein: Wir stärken die Landesgraduiertenförderung (sozial abgesichert, familien- und pflegezeitfreundlich), strukturieren Promotionswege (Betreuungsvereinbarung/Mentoring), schaffen zusätzliche Promotionsstellen an HAW und machen Tenure Track als Regel zur Grundlage planbarer Wissenschaftskarrieren.

Für ihr Recht auf gleichen Lohn müssen Betroffene oftmals vor Gericht ziehen. Deshalb fordern wir, Klagen gegen Lohndiskriminierung endlich zu erleichtern – auch durch ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften, die für betroffene Frauen vor Gericht ziehen.

Politische Maßnahmen, wie das Entgelttransparenzgesetz, erweisen sich als Scheinriese. Care-Arbeit wird noch immer, gesellschaftlich wie politisch nicht als Arbeit anerkannt. Das Entgelttransparenzgesetz muss zu einem Entgeltgleichheitsgesetz werden, um gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Es soll Unternehmen auch dazu verpflichten, bestehende Ungerechtigkeiten in der Bewertung von Arbeit schrittweise und branchenübergreifend abzubauen. Das Ziel muss sein, dass Arbeit mit Menschen



	<p>nicht schlechter bewertet, wird als Arbeit mit Maschinen, oder dass Berufserfahrung mit formalen Abschlüssen gleichgestellt wird.</p> <p>Die Mehrheit der Frauen im Bundesgebiet arbeitet zum Mindestlohn. Hierbei spielt die Anerkennung von Schul-, Bildungs- und Berufszeugnissen eine elementare Rolle. Hier bestehen nicht nur zwischen den Bundesländern Unterschiede. Insbesondere Mädchen, Frauen und queere Personen mit Flucht- und Migrationsgeschichte werden hier schlechter gestellt und im Ausland erworbene Qualifikationen werden oft nicht anerkannt. Entsprechend muss sofort der Mindestlohn auf mindestens 15 € erhöht werden. Wir fordern nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sondern auch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Frauen wählen nicht die „falschen“ Berufe, sondern Tätigkeiten werden schlechter entlohnt, wenn sie mehrheitlich von Frauen geleistet werden. Zudem stecken Millionen Frauen in der Teilzeitfalle, aus der sie nicht herauskommen, solange Kita- und Krippenplätze Mangelware sind. Wir brauchen deshalb mehr Kitas und Krippen mit längeren Öffnungszeiten. Zudem brauchen wir mehr Männer, die mehr Sorgearbeit übernehmen, damit die Karrieren von Frauen nicht an der gläsernen Decke enden.</p> <p>Die Linke in Sachsen-Anhalt sowie unsere Fraktion im Landtag unterstützen seit Langem Werbekampagnen, wie den Mädchenzukunftstag, Girls' Day, und den Jungenzukunftstag, Boys' Day. Auf diesem Weg wollen wir insbesondere Mädchen, jungen Frauen und LSBTIQ* die Möglichkeit bieten in den parlamentarischen Betrieb und in die Politik des Landes reinzuschneppern. Entsprechend unseres eigenen Anspruchs werden Ämter, Funktionen und die Aufstellung von Kandidaturen innerhalb unserer Partei nach dem Prinzip der Mindestquotierung gewählt und besetzt. Hiermit garantieren wir, dass 50 % unserer Mandatsträger*innen weiblich sind und stellen damit für unsere Fraktionen und Gremien sicher, dass mehr weibliche Stimmen und Perspektiven Raum zur Gestaltung öffentlichkeitswirksam erhalten.</p> <p>Die Linke in Sachsen-Anhalt vertritt die Auffassung, dass die Gesamtaufgabenstellung nicht bei der erfolgten Berufs- oder Studienwahl enden darf. Familienfreundliche und geschlechtergerechte Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsbedingungen sowie die Berücksichtigung der besonderen Interessen und Bedürfnisse von Frauen und LSBTIQ* in der Ausbildung wie im Erwerbsleben und in den Führungsebenen gehören ebenso in den Blick.</p>
Bündnis 90 die Grünen	<ul style="list-style-type: none">• Mit uns wird es eine Ausbildungsgarantie geben – und bessere Übergänge Schule–Beruf. Wir wollen eine Ausbildungsgarantie und den Erhalt/Ausbau rechtskreisübergreifender Jugendberufsagenturen im ganzen Land – mit stärkerer sozialpädagogischer Begleitung für benachteiligte Jugendliche.• Faire Löhne, Tariftreue, Mitbestimmung – damit sich Arbeit lohnt (auch in Care-Berufen). Wir Grünen setzen uns für ein Tariftreue- und Vergabegesetz ein, das öffentliche Aufträge an tarifliche Mindeststandards knüpft und einen Landesmindestlohn festlegt.• Gleiche Chancen unabhängig vom Geschlecht – Rollenklischees aktiv abbauen. Wir wollen die Ausbildungs- und Berufswahl abseits von



	<p>Geschlechterstereotypen fördern – damit Mädchen* und junge Frauen* in allen Branchen echte Wahlfreiheit haben, inkl. MINT und Handwerk.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Migrantische Biografien: Sprache, Anerkennung, Integration in Arbeit – praktisch erleichtern. Wir wollen mehr flexible Sprachlernangebote (auch berufsbegleitend) und eine echte Willkommens- und Ankommenskultur, damit Arbeitsmarktintegration gelingt. <p>Wir Grüne stärken den Zugang zum Studium und zu Führungspositionen an Universitäten und Hochschulen für Frauen. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine verbindliche Mindestzielquote für den Frauenanteil bei Professuren von 40 Prozent • Programme zur Förderung von Frauen in MINT-Fächern und bei Karrierewegen wollen wir ausbauen, z.B. Mentoring und das Professorinnenprogramm • mehr Dauerstellen in der Wissenschaft schaffen, befristete Arbeitsstellen für Daueraufgaben an den Hochschulen und Universitäten müssen ein Ende finden • Ausbau von Angeboten für Teilzeit- und Fernstudium, damit Studierende mit Familienverantwortung, Behinderungen oder im Beruf flexibel studieren können • Machtmissbrauch, sexuelle Gewalt, Diskriminierung und Rassismus an Hochschulen und Universitäten soll durch Schutz- und Präventionskonzepte gezielt bekämpft werden • Stärken von Position und Befugnissen der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen und Universitäten
FDP	<p>Für uns als FDP sollen für alle Menschen die gleichen Chancen gelten, unabhängig von Geschlecht oder Herkunft. Deshalb ist die gezielte Stärkung von Mädchen und Frauen in Ausbildung, Studium und Beruf, bspw. im MINT-Bereich, für uns ein wichtiges Anliegen. Ebenso setzen wir uns für eine schnellere Bearbeitung von Berufserlaubnissen für ausländische Fachkräfte ein. Ein niedrigschwelliger Zugang zu Informationen rund um Ausbildung und Studium ist dabei ein zentraler Baustein für echte Chancengerechtigkeit.</p>
BSW	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA
AfD	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA

3. Gesundheit:

Gesundheit ist zentral für die Entwicklung junger Menschen. Spezifische Bedarfe von Mädchen* und jungen Frauen* - physisch wie psychisch - werden im Gesundheitssystem oft nicht ausreichend berücksichtigt und der Zugang ist zudem sehr begrenzt. Geschlechtersensible Medizin und niedrigschwellige Aufklärung fehlen vielerorts.

Frage:

Welche Strategien verfolgt Ihre Partei, um eine geschlechtersensible Gesundheitsversorgung sowie niedrigschwellige Informations- und Hilfsangebote für Mädchen* und junge Frauen* zu etablieren und auszubauen?

Fraktion Sachsen-Anhalt	Antwort
CDU	In dieser Wahlperiode haben wir einen Lehrstuhl zum Thema Frauengesundheit eingerichtet. Darüber hinaus setzen wir auf eine stärkere Sensibilisierung für dieses Thema unter Einbeziehung der Ärztekammer sowie der medizinischen Fachverbände.
SPD	<p>Gesundheitspolitik muss die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Mädchen und jungen Frauen stärker berücksichtigen. Noch immer bestehen Versorgungslücken bei psychischer Gesundheit, reproduktiver Selbstbestimmung und geschlechtersensibler Medizin. Gerade im ländlichen Raum fehlt es vielerorts an niedrigschwelligen Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Die SPD Sachsen-Anhalt will Gesundheitspolitik stärker an den tatsächlichen Bedarfen von Frauen und jungen Menschen ausrichten.</p> <p>Wir setzen uns deshalb ein für:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine geschlechtersensible Gesundheitsversorgung als verbindlichen Bestandteil der Gesundheitspolitik, • den Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Präventionsangebote, • die Stärkung psychotherapeutischer und psychiatrischer Versorgungsstrukturen, • bessere Übergänge zwischen ambulanter, stationärer und aufsuchender Versorgung, • passgenaue Beratungsangebote für queere Menschen, • wohnortnahe Angebote im Bereich Schwangerschaftsabbrüche, • einen diskriminierungsfreien Zugang zu Verhütungsmitteln, • kostenfreie Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Hochschulen und öffentlichen Gebäuden, • die stärkere Verankerung geschlechtersensibler Medizin in Forschung und Lehre, • die Unterstützung der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie einen Rechtsanspruch auf Beratung statt Beratungspflicht.



	<p>Darüber hinaus wollen wir Gesundheitskompetenz und Prävention in Schulen stärken und digitale sowie mobile Angebote ausbauen, damit junge Frauen unabhängig vom Wohnort Zugang zu Unterstützung erhalten.</p>
Die Linke	<p>Menschen erkranken nicht gleich. Unterschiede ergeben sich u. a. über das Alter und das Geschlecht. Gesundheitliche Belastungen über das Umfeld und die Lebenswelt verschiedener Menschen kommen noch dazu.</p> <p>Die Erkenntnis, dass es Unterschiede im Rahmen der Symptome, Diagnosen, dem Krankheitsverlauf oder auch in der Behandlung zwischen Frauen und Männern gibt, ist nicht neu. Krankheitsbilder, die häufiger oder ausschließlich Mädchen und Frauen betreffen oder auch eine andere Wirkung von Medikamenten zwischen den Geschlechtern haben, haben in der Forschung in den letzten Jahren mehr Raum erhalten. Doch zu wenig kommt davon in der Versorgungsrealität an. Der Schlüssel zum Transfer in die Praxis liegt unseres Erachtens in den Leitlinien und in den Fortbildungen der Mediziner*innen. Die Forschung bleibt weiterhin wichtig: Im Rahmen von weiteren Forschungsprojekten müssen die halbwegs etablierten Felder geschlechtergerechter Medizin, wie z.B. Endometriose, Gebärmutter- und Brustkrebs oder auch Osteoporose, weiter erforscht und in anderen Forschungsfeldern Grundsteine gelegt werden.</p> <p>Sicherer, schneller und bedarfsgerechter Schutz und qualifizierte Hilfe, zum Beispiel in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen sowie Beratungsstellen, müssen den Betroffenen zugänglich sein – unabhängig von körperlichen Beeinträchtigungen, ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer Lebenssituation. Darüber hinaus ist eine wohnortnahe und niedrighschwellige Versorgung für Gewaltbetroffene in Rettungsstellen und ambulanten medizinischen und psychotherapeutischen Einrichtungen als mögliche Schnittstellen in das Hilfesystem dringend notwendig. Nicht nur für gewaltbetroffene Frauen gibt es Mängel bei der Versorgung in Krisensituationen, insbesondere in der Psychotherapie mangelt es allgemein an Versorgungsangeboten. Hier brauchen wir schneller erreichbare und verfügbare Hilfe.</p> <p>Oftmals sind es Rettungskräfte, Ärzt*innen, Pflegekräfte oder andere Beschäftigte im Gesundheitswesen, mit denen Frauen und queere Personen, die sexuelle, körperliche oder psychische Gewalt erfahren haben, als erstes in Kontakt treten. Diese Berufsgruppen müssen stärker sowohl für die Erkennung von Symptomen sensibilisiert als auch im psychosozialen sowie geschlechtergerechten Umgang mit Opfern von Gewalt geschult und fortgebildet werden. Es kommt aber nicht nur auf gut qualifiziertes, sondern auch auf ausreichend vorhandenes Personal und gute Arbeitsbedingungen an, denn neben der medizinischen Versorgung sind insbesondere Ruhe und Gespräche notwendig, wofür leider oftmals im hektischen Arbeitsalltag zu wenig Zeit ist.</p> <p>Hierzu zählt auch das Recht über die Anzahl und den Zeitpunkt der Geburt der Kinder zu entscheiden. Dies beinhaltet auch Entscheidungen im Zusammenhang mit der Geburt selbst. Aus diesem Grund setzen wir uns für die ersatzlose Streichung § 218 StGB ein. In diesem Zusammenhang müssen sich Plankrankenhäuser im Land dazu verpflichten Gynäkologie- und</p>





	<p>Geburtshilfestationen vorzuhalten und Schwangerschaftsabbrüche durchführen, damit eine wohnortnahe Versorgung sichergestellt werden kann. Ebenfalls braucht es einen Ausbau und eine bessere Finanzierung von Schwangerschafts- und Familienberatungsstellen im Land. In diesem Zusammenhang kämpfen wir für die vollständige und bedingungslose Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen: Armut darf nicht die reproduktiven Selbstbestimmungsrechte faktisch einschränken und einkommensschwache Frauen und Familien dürfen nicht durch hohe Kosten zusätzlich belastet werden.</p> <p>Zudem ist Verhütung für uns ein Teil der sexuellen Rechte. Aus diesem Grund wollen wir sämtliche Verhütungsmethoden in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufnehmen, um so ihre Kosten durch die Krankenkassen zu tragen.</p>
Bündnis 90 die Grünen	<ul style="list-style-type: none">• Geschlechtersensible Versorgung ausbauen – mit konkreten Strukturen im Land. Wir Grünen wollen ein Endometriose-Fachzentrum in Sachsen-Anhalt aufbauen, damit Diagnostik, Versorgung und Forschung besser werden.• Verhütung & Menstruation enttabuisieren und bezahlbar machen. Wir wollen ein landesweites Programm für kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln für junge Frauen mit geringem Einkommen. Außerdem sollen Menstruationsprodukte kostenfrei in öffentlichen Einrichtungen und Schulen verfügbar werden.• Schwangerschaftsberatung und Schwangerschaftsabbrüche: Zugang sichern, Hürden abbauen. Wir wollen die Förderung der Schwangerschaftsberatungsstellen voll sichern – ohne Eigenbeteiligung der Träger – und den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen landesweit garantieren. Landeseigene Kliniken sollen Abbrüche in der Ausbildung vermitteln und praktisch durchführen; Curricula in Studium/Facharztausbildung sollen entsprechend überarbeitet werden.• Konsequenter Opferschutz nach sexualisierter Gewalt – auch medizinisch. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kliniken in Sachsen-Anhalt Teil des „Netzwerks Evidence“ für anonymisierte Spurensicherung nach sexueller Gewalt werden.• Wissen dauerhaft verankern statt Projektlogik. Wir wollen die Professur Geschlechtersensible Medizin an der OVGU Magdeburg dauerhaft sichern.• Niedrigschwellige Hilfe auch bei Sucht/psychischer Belastung – modern und finanziert. Wir wollen Suchtfragen finanziell absichern, Prävention weiterentwickeln (auch Online-/Mediensucht) und Drug-Checkingprojekte aufbauen, um Gesundheitsschäden zu verhindern.
FDP	<p>Die medizinische Versorgung muss die besonderen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen stärker berücksichtigen. Eine gezielte Sensibilisierung für geschlechterspezifische Aspekte in Diagnostik und Behandlung ist dafür</p>



	notwendig. Auch in der medizinischen Forschung spielt geschlechterspezifische Gesundheitsversorgung eine wichtige Rolle. Als FDP regen wir daher eine Stärkung von entsprechender Versorgung und Forschung ausdrücklich an.
BSW	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA
AfD	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA

4. Mobilität und Stadtgestaltung:

Der Zugang zum öffentlichen Raum ist für Mädchen* und junge Frauen* nicht selbstverständlich. Barrieren und Sicherheitsbedürfnisse beeinflussen Bewegungsfreiheit und Teilhabe. Grund dafür sind nicht an Bedarfen von Mädchen* und Frauen* orientierte Stadtplanungen sowie Sicherheitskonzepte. Die Infrastruktur in Sachsen-Anhalt muss gezielt geschlechtergerecht gestaltet werden.

Frage:

Wie will Ihre Partei öffentlichen Raum und Mobilität so gestalten, dass Mädchen* und junge Frauen* sich sicher, sichtbar und selbstbestimmt darin bewegen können?

Fraktion Sachsen-Anhalt	Antwort
CDU	Die Gestaltung öffentlicher Räume ist grundsätzlich Aufgabe der Kommunen im Land Sachsen-Anhalt. Im Rahmen der Vergabe von Fördermitteln für die Gestaltung öffentlicher Räume werden wir dieses Anliegen berücksichtigen. Zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit setzen wir zudem auf den Ausbau der Videoüberwachung sowie auf einen weiteren personellen Aufwuchs bei den Polizeieinsatzkräften.
SPD	<p>Öffentliche Räume müssen für alle sicher nutzbar sein. Viele Mädchen und junge Frauen erleben Einschränkungen in ihrer Bewegungsfreiheit durch Angsträume, unzureichende Infrastruktur oder fehlende Mobilitätsangebote – insbesondere im ländlichen Raum. Geschlechtergerechte Stadt- und Verkehrsplanung ist deshalb eine Frage von Teilhabe und Sicherheit. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für öffentliche Räume ein, die sicher, erreichbar und inklusiv gestaltet sind.</p> <p>Dazu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine verlässliche und bezahlbare Mobilität in Stadt und Land, • der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und bessere Erreichbarkeit von Bildungs-, Freizeit- und Beratungsangeboten, • sichere Wege, Haltestellen und Aufenthaltsorte, • stärkere Berücksichtigung von Sicherheitsbedürfnissen bei kommunaler Planung, • die Förderung barrierefreier und gut beleuchteter öffentlicher Räume, • die Unterstützung kommunaler Hitze-, Grünflächen- und Aufenthaltskonzepte, • mehr Beteiligung junger Menschen an kommunaler Planung und Stadtentwicklung.

	Wir wollen, dass Mädchen und junge Frauen öffentlichen Raum nicht als Risiko, sondern als selbstverständlichen Ort gesellschaftlicher Teilhabe erleben.
Die Linke	<p>Es existieren bereits zahlreiche Studien, die belegen, dass es zwischen den Geschlechtern unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse gibt. Diese haben jedoch keinen biologischen Hintergrund, sondern resultieren aus sozialen Rollen und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Das weibliche Mobilitätsverhalten zeigt sich dabei vielfältiger, sozialer und weniger linear. Es geht einher mit bestimmten Erwartungshaltungen an die Verkehrsinfrastruktur und die Verkehrsmittel. Nicht zuletzt geht es dabei auch um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden gegenüber Übergriffen im öffentlichen Raum. Daraus ergibt sich für die Verkehrsplanung und die Gestaltung des öffentlichen Raumes ein Umdenken zugunsten der neuen Anforderungen an Verkehr und Raum, aber insbesondere in der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen im Rahmen der Mobilität. Hierbei müssen alle Entscheidungen an den Lebensrealitäten von Mädchen, Frauen und queeren Personen berücksichtig und in jede Entscheidung mit eingeplant werden.</p> <p>Sichere und selbstbestimmte Mobilität für Mädchen, Frauen oder auch queere Menschen erfordert eine geschlechtergerechte Verkehrsplanung und muss die komplexen Wegeketten, persönliche Sicherheit und Barrierefreiheit berücksichtigen. Da Frauen häufiger Fürsorgearbeit leisten und sich im öffentlichen Raum unsicherer fühlen, sind gut einsehbare und beleuchtete Wege mit abgeflachten Bürgersteigen, ein zuverlässiger, flächendeckender und kostenlosem ÖPNV und spezielle Angebote wie Frauen-Taxis bzw. -Parkplätze vor Behörden und öffentlichen Einrichtungen oder Heimwegetelefone notwendig.</p>
Bündnis 90 die Grünen	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich für eine sichere, geschlechtergerechte und nachhaltige Gestaltung von öffentlichem Raum und Mobilität ein. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine soziale und ökologische Verkehrswende mit mehr Fuß- und Radwegen, weniger Autoverkehr sowie mehr öffentlichen und begrünten Aufenthaltsflächen • eine Mobilitätsplanung, die sich an vielfältigen Alltagswegen orientiert und vulnerable Gruppen (Kinder, Senior*innen, Menschen mit Behinderungen sowie Mädchen und junge Frauen) besonders berücksichtigt • Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in innerörtlichen Nebenstraßen <p>Wir wollen eine genderfaire Stadt- und Verkehrsplanung, die unterschiedliche Lebensrealitäten systematisch einbezieht. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • stärkere Beteiligungsprozesse, die Frauen, queeren Personen und Menschen mit Migrationsgeschichte gezielt eine Stimme geben • Förderung geschlechterbezogener Forschung und Wissensaufbau in Verwaltungen (z. B. zum Gender Mobility Gap) sowie Sensibilisierung für das Thema

	<p>Wir wollen Sicherheitsbedürfnisse verbindlich in Planungsprozesse integrieren und Angsträume abbauen. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • sichere, gut beleuchtete und einsehbare Haltestellen • konsequenter Abbau von Angsträumen wie dunklen Bahnhofsbereichen, Fußgängertunneln und schlecht einsehbaren Wegen • Novellierung der Bauordnung mit höheren Anforderungen an Sicherheit und Nachhaltigkeit, insbesondere zu Belichtung und Einsehbarkeit von Garagen, Parkhäusern und gemeinschaftlichen Abstellräumen in Mehrparteienhäusern <p>Wir wollen die Interessen von Mädchen und Frauen dauerhaft in Entscheidungen verankern. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • mehr Frauen in Führungs- und Entscheidungsebenen sowie in Beteiligungsformaten, um echte Repräsentanz sicherzustellen <p>Wir wollen Persönlichkeitsrechte im öffentlichen Raum besser schützen und sexualisierte Belästigung konsequenter verfolgen. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <p>Einsatz auf Bundesebene für bessere Rechtsverfolgung bei Catcalling, ungefragten Foto- oder Videoaufnahmen und anderen Formen sexualisierter Belästigung</p>
FDP	<p>Freiheit und ganzheitliche Teilhabe haben für uns als FDP einen hohen Stellenwert. Mädchen und junge Frauen sollen sich im öffentlichen Raum frei und selbstbestimmt bewegen können. Dazu gehört auch, Sicherheitsaspekte in der Stadtgestaltung konsequent mitzudenken. Nur so können Mobilität und Teilhabe für alle gleichermaßen ermöglicht werden.</p>
BSW	<p>Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA</p>
AfD	<p>Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA</p>

5. Junge Elternschaft und Kinderbetreuung:

Junge Eltern, insbesondere Mütter und Alleinerziehende, stehen unter hohem Druck. Unterstützungsangebote und eine gute Infrastruktur sind essenziell, um Bildung, Teilhabe und Kinderschutz zu gewährleisten. Weiterbildung und Sensibilisierung von Fachkräften ist gelebter Kinderschutz. Frühe Bildung ist entscheidend für Chancengleichheit. Der Personalschlüssel, die Aus- und Fortbildung sowie Sensibilisierung von Fachkräften und die Qualität der Kitas beeinflussen die Entwicklung von Kindern und die Erwerbstätigkeit von Eltern.

Fragen:

Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Qualität in der Kinderbetreuung und zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung von Kitasozialarbeit in Sachsen-Anhalt? Welche konkreten Konzepte verfolgt Ihre Partei zur Unterstützung von jungen Eltern, insbesondere minderjährigen Müttern, in Bezug auf Bildung, Mobilität und soziale Sicherung?

Fraktion Sachsen-Anhalt	Antwort
CDU	<p>Wir sehen einen deutlichen Reformbedarf beim Kinderförderungsgesetz, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in unserem Land. Dabei müssen unterschiedliche Anforderungen berücksichtigt werden, darunter die Sicherung der Qualität, die Verbesserung der Situation der Beschäftigten sowie klare finanzielle Zuständigkeiten. Diesen Reformprozess wollen wir in der kommenden Wahlperiode beginnen und zügig zum Abschluss bringen.</p> <p>Bestehende Programme für junge Mütter, insbesondere im Hinblick auf die Chancen zur beruflichen Qualifikation, wollen wir überprüfen und bedarfsgerecht weiterentwickeln.</p>
SPD	<p>Junge Eltern – insbesondere junge Mütter und Alleinerziehende – benötigen verlässliche Unterstützung, um Bildung, Ausbildung, Familie und Erwerbsarbeit miteinander vereinbaren zu können. Gute Kinderbetreuung ist dabei Voraussetzung für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe.</p> <p>Die SPD Sachsen-Anhalt sieht frühe Bildung und gute Arbeitsbedingungen in Kitas als zentrale Zukunftsaufgabe. Mit unserem Rechtsanspruch im Kinderfördergesetz auf 10stündige Betreuung und Bildung und der guten Kitastruktur wird dies gut umgesetzt. Wir sehen allerdings, dass es aufgrund der zurückgehenden Kinderzahlen die Kitalandschaft unter Druck gerät. Mit dem Gesetz „Kita Stabil,“ sichern wir die Arbeitsplätze von Erzieherinnen und Erziehern und verbessern so den Personalschlüssel in den Einrichtungen.</p> <p>Wir setzen uns ein für:</p> <ul style="list-style-type: none"> • bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Rahmenbedingungen in Kitas, • Fachkräftegewinnung und Qualifizierung im frühkindlichen Bereich, • stärkere Kooperationen zwischen Kita und Grundschule,



	<ul style="list-style-type: none">• mehr Sprachförderung und frühzeitige Unterstützung,• die Weiterentwicklung multiprofessioneller Strukturen an den Schulen und Sicherung der Schulsozialarbeit nach 2028,• die Kitasozialarbeit und unterstützenden Angeboten für Familien,• bessere Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf,• bezahlbare und erreichbare Mobilität für junge Menschen,• soziale Sicherungssysteme, die nicht stigmatisieren, sondern unterstützen,• gezielte Unterstützung für Alleinerziehende und junge Familien. <p>Junge Eltern brauchen keine zusätzlichen Hürden, sondern einen Staat, der sie unterstützt und ihnen Perspektiven eröffnet.</p>
Die Linke	<p>Wenn Kita ausfällt, fällt Bildung aus. Dieser Umstand zeigt, dass Kita mehr ist als eine Betreuungseinrichtung, die dafür Sorge zu leisten hat, dass in der Öffnungszeit Kinder nicht unbeaufsichtigt sind und Eltern in der Zeit der Lohnarbeit nachgehen können. Die Arbeit unserer Erzieher*innen und pädagogischen Fachkräften in den Betreuungseinrichtungen gehört gewürdigt und in jeder Hinsicht anerkannt. Kinder haben ein Recht auf Bildung mit pädagogischen Fachpersonal, was entsprechend Zeit und Luft hat, um dem Bildungsanspruch der Kinder im Land gerecht zu werden. Kitas sind zudem Orte der Begegnung und die auf soziale sowie kulturelle Gegebenheit eingehen müssen, um die Chancengleichheit aller Kindern in frühen Jahren zu fördern. Hierbei spielt Kitasozialarbeit einen elementaren Bestandteil und für diesen setzen wir uns auch ein. Ein erster elementarer Schritt hierfür ist eine flächendeckende und langfristige Finanzierung im Land, damit die Kitasozialarbeit nicht nur vereinzelt und projektbezogen verfügbar ist. Mit einer Vermögenssteuer sind solche Pläne auch bedarfsgerecht finanzierbar. Das Land darf nicht die Verantwortung wieder auf die Kommunen abschieben und stattdessen setzen wir uns für klare Beschlüsse und eine zuverlässige finanzielle Absicherung seitens des Landes ein. Auf diesem Weg können wir die gesellschaftlichen Herausforderungen, denen auch Familien in Sachsen-Anhalt gegenüberstehen, gemeinschaftlich abfedern.</p> <p>Wir wollen, dass jedes Kind in Sachsen-Anhalt von Klein auf eine gute Bildung erfahren kann, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten oder Einschränkungen. Daher setzen wir uns für einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung in Kindertageseinrichtungen für alle Kinder ein. Hinzu soll die Kita beitragsfreie sein. Dafür haben wir ein transparentes Finanzierungssystem erarbeitet, das sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert, den Finanzierungsanteil der Gemeinden aufhebt und schrittweise zur Beitragsfreiheit für die Eltern führt. Den Betreuungsschlüssel wollen wir umgehend verbessern. Zur Entlastung der pädagogischen Fachkräfte und Stärkung der frühkindlichen Bildung wollen wir die wissenschaftlichen Empfehlungen in die Praxis umsetzen, d.h. einen Personalschlüssel von 1:3 im U3-Bereich und von 1:7,5 im Ü3-Bereich in den Kitas. Ein warmes, und kosten loses Mittagessen muss Pflicht werden. Dafür machen wir uns stark. Denn mit all diesen Maßnahmen unterstützen wir Familien in all ihrer Vielfalt.</p>





	<p>Kitas müssen verlässliche Partner für Eltern und Kinder sein. Schließungen und Betreuungsausfälle in Kita, Schule sowie Hort haben Konsequenzen auf den Alltag aller Elternteile. Damit verbundene Jobverluste oder berufliche Schlechterstellung und Einkommenseinbußen sind untragbar und eine Verschiebung der systemischen Verantwortung eines Mangelsystems auf die Elternteile und Familien in Gänze. Es braucht mehr als Programme und Ausbildungs-offensiven, um die Strukturprobleme im Land zu überwinden.</p> <p>Die Linke Sachsen-Anhalt steht für eine moderne, zukunftsweisende und krisensichere Familienpolitik. Familie ist dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen – unabhängig von der Herkunft, Zusammensetzung, dem Einkommen der Familie oder dem Alter, Geschlecht oder Ausbildungsstatus der Eltern. Dafür brauchen wir in der Familienpolitik einen Ausbau der Infrastruktur, eine wirkungsvolle soziale Absicherung und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies soll insbesondere junge Eltern sowie minderjährige Mütter unterstützen, z. B. durch:</p> <ul style="list-style-type: none">• gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung für Kinder aller Altersgruppen• eine armutsfeste, eigenständige und sanktionsfreie Kindergrundsicherung in Höhe von mindestens 630€ pro Monat für alle Kinder, die niedrigschwellig bzw. ohne hohe bürokratisch Hürden beantragt werden kann,• eine Anpassung der Vollzeitarbeitszeitregelung zu einer 4-Tage-Woche bei gleichbleibendem Lohn, zur Entlastung der Familien und zur Verhinderung von Einkommenseinbußen durch Teilzeit,• Eine gesetzliche Entkopplung der Beantragung des Elterngelds von der Geburtsurkunde, damit die von den Hebammen ausgestellten Geburtsbescheinigungen für die Antragsstellung herangezogen werden können und in ausgelasteten Kommunen die Wartezeiten zur Leistungsbewilligung verkürzt werden,• einen Runden Tisch für Alleinerziehende, welcher es Elternteilen ermöglicht, dass sie politische Beschlüsse und deren Konsequenzen selbst überprüfen, um einen langfristigen Aktionsplan <i>Alleinerziehende</i> mit konkreten Maßnahmen für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt zu bestimmen.
Bündnis 90 die Grünen	<p>Kinderarmut konsequent bekämpfen – mit Landesaktionsplan und stabiler Infrastruktur. Wir wollen die Forderungen des Netzwerks gegen Kinderarmut zu Beginn der Legislatur in einen Landesaktionsplan überführen – inkl. verlässlicher Finanzierung der Kita- und Schulsozialarbeit, Jugendfreizeiten und Unterstützung für Familienurlaube.</p> <p>Kitasozialarbeit bedarfsgerecht stärken – damit Unterstützung im Alltag ankommt. Wir Grünen setzen auf verlässliche Finanzierung und bedarfsgerechte Ausgestaltung sozialer Unterstützung in Kita/Schule, damit Eltern (auch sehr junge) schnell Hilfe bekommen – ohne Scham und ohne lange Wege.</p> <p>Frühförderung entlastend organisieren – Unterstützung direkt in der Kita ermöglichen. Wir wollen, dass Frühförderung auch in Kitas erbracht werden kann: Das entlastet Eltern und stärkt Kinder in vertrauter Umgebung.</p>



	<p>Junge Eltern (auch minderjährige Mütter) praktisch unterstützen: kostenfreie Angebote & armuttsensible Teilhabe. Wir wollen kostenfreie Angebote in der Jugend- und Familienarbeit sichern, damit Teilhabe nicht am Geld scheitert; Angebote sollen armuttsensibel ausgestaltet sein.</p> <p>Kinderschutz als Qualitätsstandard: Sensibilisierung, Schutzkonzepte, klare Zuständigkeiten. Mit uns wird es Gewaltschutzkonzepte in allen öffentlichen Einrichtungen geben – das ist gelebter Kinderschutz und stärkt auch Kitas und ihre Fachkräfte.</p>
FDP	<p>Kitas legen den Grundstein für das spätere Leben und sind ein zentraler Ort frühkindlicher Bildung. Diese ist die Basis für Chancengerechtigkeit. Für uns als FDP hat die Qualität der Betreuung dabei höchsten Stellenwert. Durch effizienten Mitteleinsatz und das Nutzen der "demographischen Rendite", etwa durch einen verbesserten Personalschlüssel, kann die Qualität weiter gesteigert werden. Zudem setzen wir auf gezielte Weiterbildung für Kita-Personal und die Stärkung des Bildungsprogramms „Bildung:elementar“. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere durch Unterstützung für sozialschwache Familien und Alleinerziehende sowie durch einen verbesserten Informationszugang, ist für uns ebenfalls zentral.</p>
BSW	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA
AfD	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA

6. Schule:

Schulen sind zentrale Sozialisationsorte, in denen Geschlechterrollen geprägt und verstetigt werden. Sie sollen diskriminierungssensibel, gewaltfreie und demokratiefördernde Räume sein. Dafür braucht es unter anderem geschlechtergerechte Bildungs-, Präventions- und Reflexionsangebote sowie diesbezügliche Weiterbildung und Sensibilisierung der Fachkräfte des Lehrkörpers und der Schulsozialarbeit.

Frage:

Wie plant Ihre Partei, Schulen bei der Umsetzung geschlechtergerechter Bildungsangebote und der Verstetigung der Schulsozialarbeit strukturell zu unterstützen?

Fraktion Sachsen-Anhalt	Antwort
CDU	<p>Eine diskriminierungsfreie Gestaltung des Schulunterrichts sowie der Vermittlung von Bildungsinhalten ist eine grundlegende Aufgabe. Entsprechende Inhalte sollen sowohl in der Lehramtsausbildung als auch in Weiterbildungsangeboten sowie in der Qualifizierung von sogenannten Quereinsteigern vermittelt werden. Wir stehen für die Fortführung der Schulsozialarbeit auch über das Jahr 2028 hinaus. Die konkreten Ausgestaltungen sind durch eine künftige Landesregierung auf den Weg zu bringen.</p>
SPD	<p>Schulen müssen Orte der Chancengleichheit, Demokratiebildung und Gewaltprävention sein. Mädchen und junge Frauen sollen sich dort sicher fühlen, frei entfalten können und ohne Diskriminierung lernen. Dafür braucht es geschlechtergerechte Bildungsangebote, Prävention und ausreichend</p>



	<p>unterstützende Fachkräfte. Die SPD Sachsen-Anhalt will Schulen strukturell stärken und multiprofessionell aufstellen.</p> <p>Konkret bedeutet das:</p> <ul style="list-style-type: none">• die dauerhafte Absicherung und den deutlichen Ausbau der Schulsozialarbeit, über 2028 hinaus mit Landesmitteln,• unabhängige Beratungs- und Vermittlungsangebote unter dem Dach freier Träger,• stärkere politische Bildung und Demokratiebildung,• Unterstützung von Lehrkräften im Umgang mit Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Extremismus,• mehr Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte und Schulsozialarbeit,• geschlechtersensible und diskriminierungskritische Bildungsangebote,• multiprofessionelle Teams aus Sozialarbeit, Psychologie und pädagogischen Fachkräften,• sichere und barrierefreie Schulen mit modernen Lern- und Aufenthaltsräumen. <p>Schulen sollen junge Menschen stärken – nicht ausgrenzen oder stereotype Rollenbilder verfestigen</p>
Die Linke	<p>Der Zugang zu Bildung hängt für Kinder und Jugendliche in Sachsen-Anhalt noch zu oft von beispielsweise der Herkunft, dem Geschlecht oder dem Einkommen der Eltern, ihrem Wohnort und der Infrastruktur ab – das betrifft auch ganz konkret sichere Wege zur Schule sowie angemessene, alters- und geschlechtergerechte Toiletten- und Umkleidesituationen. Unser Ansatz ist deshalb: Bildung von Anfang an. Wir denken die Bildungsbiografie als durchgehende Kette – von der Kita über die Schule bis in Ausbildung – und stärken besonders die Übergänge dort, wo Brüche entstehen.</p> <p>Um Schulen bei geschlechtergerechten Bildungsangeboten strukturell zu unterstützen, setzen wir auf verlässliche Regelstrukturen statt Projektlogik: Kita- und Schulsozialarbeit sollen gesetzlich abgesichert und garantiert werden – inklusive verbindlicher Qualitätsstandards (Mindeststandards, Vertretungsmodelle, Supervision) und einer tragfähigen Land-/Kommunal-Kofinanzierung. Gleichzeitig stärken wir die Verzahnung von Kita und Schule durch gemeinsame Standards und Übergabeprozesse, damit Beziehungen stabil bleiben, Krisen früher erkannt werden und Übergänge verlässlich begleitet sind. Aus diesem Grund hat sich unsere Fraktion schon in dieser Legislatur mehrfach in den Fachausschüssen und Landtagssitzungen für ein Landesprogramm Schulsozialarbeit eingesetzt. Als Partei Die Linke werden wir weiterhin für einen bedarfsgerechten Ausbau der Einsatzstellen an möglichst allen Schulen im Land kämpfen. Auf diesem Weg wollen wir einerseits eine sichere Finanzierung durch das Land gewähren und andererseits den Schulsozialarbeiter*innen im Land sichere und unbefristet Arbeitsverhältnisse garantieren, damit allen Schüler*innen im Land eine zukunftsfähige Schulsozialarbeit zur Verfügung steht.</p>





	<p>Gerade weil Mädchen, junge Frauen und queere Personen in Bildungskarrieren und im Schulalltag häufiger mit geschlechtsspezifischen Erwartungen, Abwertung oder Grenzverletzungen konfrontiert sind, braucht es in Schule dauerhaft erreichbare Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen – niedrigschwellig, kompetent und ohne Stigmatisierung. Darum bauen wir multiprofessionelle Teams an Schulen aus (u. a. mit Schulsozialarbeit, Sprachförderung sowie bedarfsdeckend Psycholog*innen und Gesundheitsfachkräften) und entlasten Lehrkräfte durch Schul- und Digitalassistent*innen, damit pädagogische Arbeit, Prävention und Schutz tatsächlich gelingen.</p> <p>Zusätzlich verknüpfen wir das mit einer bedarfsgerechten Ressourcensteuerung: Unterstützung muss dort stärker ankommen, wo soziale Belastungen und schlechte Erreichbarkeit Bildung besonders erschweren – und muss transparent begründet nachgesteuert werden.</p> <p>Schließlich gehört zur geschlechtergerechten Bildung heute zwingend die digitale Dimension: Wir sichern gleiche Zugänge zu digitalen Angeboten, stärken Medienkompetenz (auch im Hinblick auf Schutz und Selbstbestimmung), gewährleisten Datenschutz und ermöglichen die Arbeit mit frei zugänglichen Bildungsmaterialien. Das ist auch ein Beitrag zur psychischen Gesundheit, weil Unterstützung, Orientierung und Schutz in digitalen Lebenswelten Teil moderner Bildungs- und Präventionsarbeit sein müssen.</p> <p>Das seit 2025 fortgeschriebene und gesetzlich verbindliche Programm »Bildung elementar« stellt an die pädagogischen Fachkräfte u. a. Anforderungen hinsichtlich geschlechtersensibler Pädagogik. Diese reichen vom Umgang mit den Kindern selbst, über die Gestaltung der Einrichtung und Auswahl der Materialien (z.B. Bücherauswahl) bis hin zur Thematisierung geschlechtergerechter pädagogischer Prozesse in Elterngesprächen und Teamsitzungen. Wir setzen uns in Sachsen-Anhalt dafür ein, dass Kindertageseinrichtungen besser in die Lage versetzt werden, den gesetzlichen und programmatischen Aufgaben tatsächlich nachkommen zu können. Hier mangelt es allgemein z.B. an verbindlichen Vor- und Nachbereitungszeiten und einer realistischen Berechnung der Personalschlüssel (siehe die Antwort zu Frage 5). Im Hinblick auf eine stärkere Verankerung geschlechtergerechter Pädagogik sind gezielte Fachberatung und qualifizierende Bildungsangebote für Erzieher*innen und Lehrkräfte notwendig. Auch sind die Ausbildungsinhalte in den Einsatzorten Kita, Schule und Hort um die Themen Gender, Vielfalt und Diversität zu ergänzen.</p>
Bündnis 90 die Grünen	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass alle Kinder, unabhängig von Geschlecht, Sexualität, einer Behinderung oder Muttersprache, die bestmögliche Förderung erhalten. Schulen müssen zu Orten zum Wohlfühlen für Kinder werden, denn das schafft die Grundlage für gute Schulleistungen. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none">• verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte sowie Pädagogische Mitarbeiter*innen zu den Themen sexuelle Vielfalt, Geschlechtersensibilität und Geschlechtergerechtigkeit sowie Antidiskriminierung und Antirassismus



	<ul style="list-style-type: none"> • Vertrauenspersonen an allen Schulen, die speziell für die Themen Diskriminierungssensibilität, Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowie Prävention und Erkennen von sexueller Gewalt, ausgebildet sind • eine Anti-Bias Stelle im Bildungsministerium, die sicherstellt, dass in Schulen eingesetzte Lehrmaterialien diskriminierungssensible Inhalte und Sprache enthalten • die stärkere Verankerung von Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in den Lehrplänen <p>→ insbesondere Frauengeschichte und Errungenschaften von Frauen müssen stärker im Unterricht repräsentiert werden</p> <p>Wir Grüne wollen Schulsozialarbeit verstetigen. Unser Ziel ist, dass es an jeder Schule mindestens eine Schulsozialarbeitsstelle gibt. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein Landesprogramm Schulsozialarbeit, das hauptsächlich aus Landesmitteln finanziert wird, bei dem aber auch die Kommunen einen Anteil mitfinanzieren • ein Nothilfefonds für finanzschwache Kommunen zur Unterstützung der Finanzierung der Schulsozialarbeit
FDP	Schulen sind zentrale Orte für Kinder und Jugendliche. Sie vermitteln nicht nur Wissen, sondern fördern auch Persönlichkeitsentwicklung und soziale Kompetenzen. Umso wichtiger ist es, dass Schulen Orte sind, die frei von Diskriminierung und Gewalt sind. Schulsozialarbeit kann dort, wo sie notwendig ist, einen wichtigen Beitrag leisten, um Schülerinnen und Schüler gezielt zu unterstützen.
BSW	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA
AfD	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA

7. Digitale Kompetenz:

Mädchen* und junge Frauen* ziehen sich aufgrund steigender digitaler Gewalt, beispielsweise in sexualisierter Form, zunehmend aus dem digitalen Raum zurück. Dabei ist digitale Teilhabe Voraussetzung für Bildung, Beteiligung und persönliche Entfaltung. Dafür braucht es strukturell geschützte Räume im Netz und die Förderung von Kompetenzen, um eine digitale Mündigkeit zu erlangen.

Frage:

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, damit Mädchen* und junge Frauen* im digitalen Raum geschützt werden, um digitale Bildung für sie zu verbessern und reelle Mitbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen?

Fraktion Sachsen-Anhalt	Antwort
CDU	Das Thema Medienbildung muss sich stärker als bisher im Schulunterricht sowie in der Kinder- und Jugendarbeit wiederfinden. Die Vermittlung entsprechender Kompetenzen soll unabhängig vom Geschlecht erfolgen.



	<p>Medienbildungsprogramme wollen wir gezielt fördern, auch mit Blick auf die Stärkung der Medienkompetenz von Eltern.</p>
SPD	<p>Digitale Räume sind heute zentrale Orte von Bildung, Kommunikation, sozialer Teilhabe und politischer Beteiligung. Gleichzeitig erleben Mädchen und junge Frauen dort überdurchschnittlich häufig sexualisierte Gewalt, Hass und Einschüchterung, Mobbing und vieles mehr. Viele Kinder und Jugendliche machen im Netz Erfahrungen von Einschüchterung und Bedrängung Das darf nicht dazu führen, dass sie sich aus digitalen Räumen zurückziehen. Die SPD Sachsen-Anhalt will digitale Teilhabe stärken und Schutz im Netz verbessern.</p> <p>Dazu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none">• der Ausbau von Medienbildung und digitaler Kompetenz in allen Schulformen,• verbindliche Medienbildung in allen Fächern und bereits verbindlich in der Lehramtsausbildung,• Präventionsangebote gegen digitale Gewalt und sexualisierte Übergriffe,• bessere Unterstützung für Betroffene digitaler Gewalt,• ein altersdifferenziertes Modell mit klaren Schutzstufen für Social-Media-Angebote,• stärkere Plattformverantwortung und verbindliche Regeln gegen Hass und Gewalt,• barrierefreie digitale Bildungsangebote,• die Förderung demokratischer und diskriminierungsfreier digitaler Räume. <p>Digitale Teilhabe ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Mädchen und junge Frauen müssen sich online sicher bewegen und sichtbar bleiben können. Wir unterstützen ein Digitales Gewaltschutzgesetz auf Bundesebene und die Umsetzung im Land.</p>
Die Linke	<p>Siehe Antwort zu Frage 6</p>
Bündnis 90 die Grünen	<p>Digitale Räume sind heute selbstverständlicher Teil von Bildung, politischer Teilhabe, sozialem Austausch und Selbstentfaltung. Das wollen wir Grüne wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none">• digitale Teilhabe als Voraussetzung für gleichberechtigte Lebensverhältnisse konsequent stärken• Digitalisierung dauerhaft mit Gleichstellung, Antidiskriminierung und Gewaltprävention verknüpfen und langfristig absichern <p>Wir wollen digitale Gewalt als eigenständige Form geschlechtsspezifischer Gewalt klar benennen und wirksam bekämpfen. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Ausbau landesweit finanzierter Beratungs- und Meldestrukturen für Betroffene digitaler Gewalt – anonym, niedrigschwellig und flächendeckend





	<ul style="list-style-type: none">• Stärkung von Medienkompetenzzentren und spezialisierten Fachberatungsstellen zu sexualisierter digitaler Gewalt, Cybergrooming und Hate Speech• bessere Zusammenarbeit von Schulen, Jugendhilfe, Polizei und Justiz, um Betroffene schnell zu schützen und Täter*innen konsequent zur Verantwortung zu ziehen• Einsatz Sachsen-Anhalts auf Bundesebene für verbindliche Plattformpflichten, damit Hassrede, Bedrohungen und sexualisierte Inhalte schneller entfernt werden und Betroffene besser geschützt sind <p>Wir wollen digitale Bildung geschlechtergerecht, empowernd und kritisch gestalten – nicht nur technisch. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Verankerung geschlechtersensibler Medienbildung in Schulen, Jugendhilfe und außerschulischen Bildungsangeboten• gezielte Förderprogramme für Mädchen* und junge Frauen* in IT, Mediengestaltung, Coding, KI und digitaler Innovation• Fort- und Weiterbildungen für pädagogische Fachkräfte zu digitaler Gewalt, geschlechtsspezifischen Online-Risiken und wirksamen Schutzkonzepten• Unterstützung von sicheren Mädchen*- und jungen Frauenräumen* – analog und digital – für Austausch, Vernetzung und Selbstentfaltung <p>Wir wollen Mädchen* und junge Frauen* stärken, digitale Räume als politische Räume aktiv mitzugestalten. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Ausbau jugendgerechter, sicherer Beteiligungsplattformen auf Landes- und Kommunalebene• Förderung von Projekten zu digitaler politischer Bildung, Aktivismus und Vernetzung von Mädchen* und jungen Frauen*• verbindliche Beteiligung junger Menschen – insbesondere von Mädchen* und jungen Frauen* – bei digitalen Strategien, Schulkonzepten und Jugendprogrammen• Stärkung der Landesjugendhilfeplanung im Bereich Digitalisierung unter Berücksichtigung geschlechterspezifischer Bedarfe <p>Wir wollen, dass Mädchen* und junge Frauen* digitale Räume nicht meiden müssen, sondern sie sicher, selbstbestimmt und wirksam nutzen können. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none">• konsequenter Abbau von Zugangshürden durch Schutz, Kompetenzaufbau und echte Mitbestimmung als verbindlicher Dreiklang
FDP	Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung gewinnt Geschlechtergerechtigkeit auch in digitalen Räumen zunehmend an Bedeutung. Digitale Angebote und soziale Netzwerke spielen eine immer größere Rolle im Alltag junger Menschen. Gleichzeitig nehmen auch digitale Gewalt und Grenzverletzungen sowie -überschreitungen zu. Deshalb ist es wichtig, digitale Kompetenzen zu stärken



	und Mädchen und junge Frauen gezielt zu befähigen, sich sicher und selbstbestimmt in digitalen Räumen zu bewegen.
BSW	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA
AfD	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA

8. Freizeitgestaltung:

Freizeitangebote sind Orte der Selbstwirksamkeit, Stärkung und Teilhabe. Der Zugang ist für viele Mädchen* und junge Frauen* durch Care-Verpflichtungen, fehlende bedarfsgerechte Rahmenbedingungen oder mangelnde Sicherheit eingeschränkt.

Frage:

Wie wird Ihre Partei dafür sorgen, dass flächendeckend geschlechterreflektierte, vielfaltsbewusste und sichere Freizeitangebote für Mädchen* und junge Frauen* geschaffen und gefördert werden?

Fraktion Sachsen-Anhalt	Antwort
CDU	Entsprechende Angebote liegen nicht allein in der Verantwortung des Landes, da es sich in der Regel um Vorhaben freier oder kommunaler Träger handelt. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes sind wir bereit, diese Vorhaben zu unterstützen.
SPD	<p>Freizeitangebote schaffen Gemeinschaft, stärken Selbstvertrauen und ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe. Mädchen und junge Frauen brauchen Räume, in denen sie sich frei entfalten können – unabhängig von Herkunft, Einkommen, Wohnort oder familiären Verpflichtungen. Die SPD Sachsen-Anhalt will Freizeitangebote stärken, die geschlechterreflektiert, sicher und inklusiv gestaltet sind.</p> <p>Deshalb setzen wir uns ein für:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine verlässliche Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit, • den Ausbau geschlechterreflektierter und vielfaltsbewusster Freizeitangebote, • sichere Jugendräume im ländlichen Raum und in den Städten, • stärkere Unterstützung von Jugendverbänden und Vereinen, • bessere Mobilität und Erreichbarkeit von Angeboten, • Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen bei der Gestaltung von Freizeitangeboten, • inklusive und barrierefreie Freizeitstrukturen, • die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen und demokratischer Jugendarbeit. <p>Freizeitpolitik ist für uns Teil einer modernen Sozial- und Gleichstellungspolitik.</p>
Die Linke	Geschlechtergerechte Freizeitangebote fördern die Vielfalt, brechen mit traditionellen Rollenbildern und ermöglichen allen Geschlechtern den Zugang zu denselben Aktivitäten. Dazu gehören gemischte Gruppen bei Sport und



	<p>Kreativkursen, offene Spielplatzgestaltungen sowie sichere, gut beleuchtete Räume, die das Sicherheitsgefühl besonders von Frauen, Mädchen und queeren Personen stärken.</p> <p>Eine große Rolle spielt in diesem Zusammenhang die offene Jugendarbeit. Diese wollen wir zu einem gesetzlichen Anspruch für alle jungen Menschen machen. Hierfür muss ihre Förderung erhöht werden, besonders im ländlichen Raum. Wir sorgen dafür, dass die Beschäftigten in der Jugendarbeit besser bezahlt werden und sichere Beschäftigungsverhältnisse vorfinden. Außerdem verbessern wir die Schutzstandards für Kinder und Jugendliche und verankern sie im Jugendhilfegesetz. Auch hier sind für die Weiterentwicklung und Etablierung von geschlechtergerechter Pädagogik gezielte Fachberatungen und qualifizierende Bildungsangebote unabdingbar.</p> <p>Die Linke in Sachsen-Anhalt vertritt die Auffassung, dass die Gesamtaufgabenstellung nicht an den Grenzen des jeweiligen Vereins oder der Einrichtung enden darf.</p> <p>Geschlechtersensible Freizeitangebote sind vielseitig und brauchen Zugänge ohne Hürden und dies unabhängig von der Sprache oder dem Geschlecht. Aus diesem Grund setzen wir auf mehrsprachige, barrierearme und gendergerechte Informationsbroschüren über die bestehenden Freizeitangebote im Land.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Vereinen und Jugendzentren eine verbindliche Vertrauensperson als niedrigschwellige Ansprechpersonen etabliert wird. Ferner orientieren wir uns an den Forderungen des Kinder- und Jugendrings.</p>
Bündnis 90 die Grünen	<p>Mit uns wird es verlässlich finanzierte Freizeit- und Jugendangebote geben – auch im ländlichen Raum. Wir wollen die Finanzierung von Jugendfreizeiten und armutssensiblen, kostenfreien Angeboten in Jugend- und Familienarbeit sichern, damit Mädchen* und junge Frauen* tatsächlich teilnehmen können.</p> <p>Sichere Freizeitorte durch klare Standards: Schutz und Gewaltschutzkonzepte mitdenken. Wir Grünen wollen Gewaltschutzkonzepte in allen öffentlichen Einrichtungen – das betrifft auch Einrichtungen der Jugendarbeit, Kultur- und Freizeithäuser.</p> <p>Vielfalt sichtbar machen: neue/gestärkte Beratung & Angebote zu sexueller/geschlechtlicher Vielfalt. Wir wollen Fachzentren für geschlechtliche Vielfalt und Unterstützungssysteme ausbauen – das gehört in Freizeitstrukturen hinein (Teams, Fortbildung, Ansprechstellen).</p> <p>Soziokulturelle Zentren, Clubs, Bibliotheken als niedrigschwellige Treffpunkte stärken. Wir wollen ein Landesprogramm Soziokultur (mind. 500.000 €), Clubkultur als Kulturgut fördern (inkl. Basisförderung für Sanierungs-/Betriebskosten) und Bibliotheken modernisieren/zugänglicher machen – das schafft wohnortnahe, sichere Räume für Teilhabe.</p> <p>Kultur für alle: direkte Teilhabe ermöglichen statt Hürden. Wir fordern den KulturPass 2.0 (200 € Guthaben für 18-Jährige) und wollen ihn perspektivisch so weiterentwickeln, dass Kultur für finanziell benachteiligte Gruppen zugänglicher und barrierefreier wird – das stärkt auch Freizeitheilnahme von Mädchen* und jungen Frauen*.</p>



FDP	In Sachsen-Anhalt gibt es ein breit aufgestelltes Freizeitangebot. Dabei leisten unterschiedliche Träger der Jugendhilfe aber auch viele ehrenamtliche Vereine eine wichtige Arbeit. Der Jugendclub vor Ort oder der Sportverein sind nur zwei Beispiele, wie unterschiedlich Angebote für junge Menschen sein können. Als FDP wollen wir keine zu engen Vorgaben in der Ausgestaltung der Freizeitgestaltung machen, da wir der Überzeugung sind, dass die Akteure vor Ort am besten wissen, welche Veranstaltungen und Angebote am sinnvollsten sind.
BSW	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA
AfD	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA

9. Schutzkonzepte für Schulen und außerschulische Einrichtungen:

Schutz vor Gewalt, unter anderem vor sexualisierter Gewalt, ist ein zentrales Recht. Schutzkonzepte für Schulen und außerschulische Einrichtungen sowie spezialisierte Angebote für Mädchen* und junge Frauen* insbesondere mit Beeinträchtigungen sind bislang unzureichend etabliert und nicht flächendeckend verpflichtend.

Frage:

Welche verbindlichen Schritte plant Ihre Partei zur Umsetzung geschlechtersensibler Schutzkonzepte in Schulen und außerschulischen Einrichtungen sowie zur Stärkung von Angeboten für Mädchen* und junge Frauen* insbesondere mit Beeinträchtigung?

Fraktion Sachsen-Anhalt	Antwort
CDU	Alle genannten Einrichtungen müssen über geeignete Schutzkonzepte verfügen, die konsequent umgesetzt werden. Das Vorliegen solcher Konzepte muss Voraussetzung für eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln sein. Der Nachweis der Umsetzung soll Bestandteil der Verwendungsnachweise werden. Integrative Angebote für Mädchen und junge Frauen mit Beeinträchtigungen sollten grundsätzlich zum Angebotsspektrum gehören.
SPD	<p>Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz vor jeglicher Art von Gewalt. Schulen, Vereine und außerschulische Einrichtungen müssen sichere Orte sein, an denen Grenzverletzungen erkannt, verhindert und konsequent bearbeitet werden. Schutzkonzepte dürfen nicht vom Engagement Einzelner abhängen, sondern brauchen verbindliche Standards. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich deshalb für strukturelle und verbindliche Schutzmaßnahmen ein.</p> <p>Wir wollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzkonzepte gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt stärken und verbindlicher ausgestalten – in allen Bereichen: Schule, Sport, Vereine, Verbände, Freizeit, überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich bewegen, aufhalten und Kontakt haben, • Präventions- und Interventionsstrukturen ausbauen, • Fachkräfte stärker qualifizieren und sensibilisieren, • Beratungs- und Beschwerdestrukturen verbessern, • multiprofessionelle Zusammenarbeit fördern,



	<ul style="list-style-type: none">• Angebote für Mädchen und junge Frauen mit Behinderungen gezielt stärken,• inklusive und barrierefreie Schutzangebote ausbauen,• Gewaltprävention stärker in Schule, Jugendarbeit und Ausbildung verankern,• die Umsetzung der Istanbul-Konvention konsequent vorantreiben. <p>Schutzkonzepte sind für uns kein formaler Zusatz, sondern Ausdruck staatlicher Verantwortung für die Sicherheit und Selbstbestimmung junger Menschen.</p>
Die Linke	<p>Geschlechtersensible Schutzkonzepte dürfen nicht Papier bleiben – sie wirken nur, wenn Zuständigkeiten, Standards, Beschwerdewege und Ressourcen verbindlich geregelt sind. Für Mädchen, junge Frauen und queere Personen (insbesondere mit Beeinträchtigung) heißt das: sichere Orte, verlässliche Ansprechpersonen, barrierearme Zugänge und eine Praxis, die Grenzverletzungen früh erkennt und konsequent handelt – in Schule und in der außerschulischen Arbeit.</p> <p>In Schulen setzen wir auf Verlässlichkeit, Schutz und gute Rahmenbedingungen entlang der ganzen Bildungsbiografie: Bildungseinrichtungen dürfen nicht weiter ausgedünnt werden; wir wollen Schulstandorte erhalten und kommunale Entscheidungsspielräume stärken.</p> <p>Gleichzeitig braucht es eine Schulbauoffensive mit verbindlichen Vorgaben, die sich an der Arbeit in inklusiven Schulen orientiert und u. a. Räume für Teilungsunterricht, Schulsozialarbeit und Ganzttag umfasst – Barrierefreiheit ist dabei eine Voraussetzung, damit Schutz- und Unterstützungsangebote tatsächlich erreichbar sind. Dies beginnt mit sauberen, funktionsfähigen, inklusiven und geschlechtergerechten Toiletten, die auch entsprechend kostenlose Menstruations- und Damenhygieneprodukte zur Verfügung stellen und das an allen weiterführenden Schulen im Land.</p> <p>Schutzkonzepte brauchen außerdem Menschen und Zeit: Der Lehrkräftemangel sowie der Fachkräftemangel an pädagogischen Personal muss unabhängig von der besuchten Kita, Schulform oder dem Hort überwunden werden. Damit Bildung ohne Ausfälle oder den Verzicht auf Angebote stattfinden kann. Wir bauen auf multiprofessionelle Teams an Schulen. Neben Lehrkräften braucht es in diesen bedarfsdeckend Psycholog*innen und Gesundheitsfachkräfte. Zur Entlastung setzen wir auf Schul- und Digitalassistent*innen.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist der Ausbau von Gemeinschaftsschulen im Land notwendig! Eine Schule für alle und das unabhängig von sozialen Ungleichheiten, der Herkunft, dem Geschlecht oder dem Inklusionsbedarf von Kindern und Jugendlichen. Wir setzen uns für ein längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förderung der Schüler*innen sowie eine inklusive Lernatmosphäre entlang der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ein. Denn nichts sensibilisiert mehr und hebt Vorurteile auf als gemeinsames Lernen und Orte der Begegnung.</p> <p>Hierfür braucht es eine stärkere Verankerung geschlechtergerechter Pädagogik. Voraussetzung sind gezielte Fachberatungen und qualifizierende Bildungsangebote für Erzieher*innen, pädagogisches Fachpersonal und</p>





	<p>Lehrkräfte notwendig. Zudem sind entsprechende alters- und geschlechtergerechte Aufklärungs- sowie Sensibilisierungsinhalte in die Bildungsangebote sowie den Unterricht zu etablieren.</p> <p>So werden Prävention, Intervention und Nachsorge im Alltag möglich (z. B. bei sexualisierter Gewalt, Mobbing oder Krisen). Gerade im digitalen Raum braucht es Schutz: Wir stärken digitale Bildung und Medienkompetenz und sichern, dass alle Schüler*innen Zugang zu digitalen Angeboten erhalten – inklusive Datenschutz und Begleitung im sicheren, klugen und kritischen Umgang mit digitalen Medien.</p> <p>Für außerschulische Einrichtungen gehen wir den Weg der rechtlichen Verbindlichkeit: Wir machen Jugendarbeit zu einem gesetzlichen Anspruch und sichern sie finanziell, mit besseren Arbeitsbedingungen, tariflicher Bezahlung und mehrjährigen Zuwendungsverträgen.</p> <p>Damit Schutzkonzepte nicht vom Engagement Einzelner abhängen, verbessern wir Schutzstandards für Kinder und Jugendliche und verankern sie im Jugendhilfegesetz; zugleich setzen wir uns für personelle Mindeststandards im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz ein und machen den Jugend(medien)schutz verbindlich in der Jugendhilfeplanung.</p> <p>Niedrigschwelliger Schutz heißt auch: in Vereinen/Jugendzentren eine verbindliche Vertrauensperson als Ansprechstelle.</p> <p>Und wenn etwas schief läuft, braucht es unabhängige Wege: Wir wollen Ombudsstellen flächendeckend und sichtbare, unabhängige Beschwerdewege (telefonisch, online, vor Ort) mit verbindlichen Rückmeldefristen – damit Mädchen und junge Frauen Unterstützung bekommen, ohne Hürden und ohne Angst. Zugänge müssen dabei barrierearm, mehrsprachig und verständlich sein – und digitale Angebote grundsätzlich barrierefrei.</p> <p>So verbinden wir Schutzkonzepte mit dem, was sie in der Praxis brauchen: gute Räume, gute Teams, klare Standards und echte Beschwerderechte – damit Schule und Jugendarbeit sichere Orte sind, besonders auch für Mädchen, junge Frauen, queere Personen und Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigung.</p>
Bündnis 90 die Grünen	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, dass Mädchen* und junge Frauen* in Schulen und außerschulischen Einrichtungen sicher vor sexualisierter Gewalt sind. Das wollen wir wie folgt erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Jede Schule und außerschulische Einrichtung in Sachsen-Anhalt braucht ein Schutzkonzept zur Prävention von sexueller Gewalt• die zuständigen Ministerien sollen regelmäßig die bestehenden Schutzkonzepte der Schulen und außerschulische Einrichtungen evaluieren• Die besonderen Schutzbedürfnisse von vulnerablen Gruppen wie z.B. Mädchen und junge Frauen mit Behinderung oder mit Migrationshintergrund sowie queere Mädchen und junge Frauen müssen in Schutzkonzepten berücksichtigt werden. Damit dies sichergestellt wird, sind bei der Erstellung und Evaluation der Schutzkonzepte Vertreter*innen von besonders vulnerablen Gruppen beratend mit einzubeziehen





FDP	Der Schutz von Mädchen und jungen Frauen ist für uns von zentraler Bedeutung. Das gilt in besonderem Maße auch für Mädchen und junge Frauen mit Beeinträchtigungen. Als FDP stehen wir klar für Freiheit und Selbstbestimmung. Diese können jedoch nur dann verwirklicht werden, wenn Sicherheit gewährleistet ist. Deshalb setzen wir uns für wirksame Schutzkonzepte ein, die Schutz bieten, ohne die Selbstbestimmung einzuschränken.
BSW	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA
AfD	Keine Reaktion auf die Anfrage der LAG Mädchen* und junge Frauen* LSA

